

Öffentliche Schulden im 2. Quartal 2026 um 1,0 % höher als im Vorquartal

29.9.2026 - | Statistisches Bundesamt - Destatis

WIESBADEN - Der Öffentliche Gesamthaushalt war beim nicht-öffentlichen Bereich zum Ende des 2. Quartals 2026 mit 2 753,5 Milliarden Euro verschuldet. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) nach vorläufigen Ergebnissen mitteilt, stieg die öffentliche Verschuldung damit gegenüber dem 1. Quartal 2026 um 1,0 % oder 26,3 Milliarden Euro. Zum Öffentlichen Gesamthaushalt zählen die Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie der Sozialversicherung einschließlich aller Extrahaushalte. Zum nicht-öffentlichen Bereich gehören Kreditinstitute sowie der sonstige inländische und ausländische Bereich, zum Beispiel private Unternehmen.

Schulden des Bundes erhöhen sich um 1,1 %

Die Schulden des Bundes stiegen zum Ende des 2. Quartals 2026 gegenüber dem Vorquartal um 20,5 Milliarden Euro (+1,1 %) auf 1 907,1 Milliarden Euro. Ursächlich hierfür waren wie im Vorquartal insbesondere die Schuldenanstiege bei zwei Sondervermögen: Das "Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität" erhöhte seine Verschuldung gegenüber dem Vorquartal um 39,1 % oder 13,8 Milliarden Euro auf 48,9 Milliarden Euro. Die Verschuldung des "Sondervermögens Bundeswehr" stieg gegenüber dem Vorquartal um 8,8 % oder 4,2 Milliarden Euro auf 51,6 Milliarden Euro.

Schulden der Länder steigen um 0,5 %

Die Länder waren zum Ende des 2. Quartals 2026 mit 646,2 Milliarden Euro verschuldet, dies war ein Zuwachs von 2,9 Milliarden Euro (+0,5 %) gegenüber dem Vorquartal.

Der stärkste prozentuale Schuldenanstieg wurde für Baden-Württemberg mit +3,0 % ermittelt, gefolgt von Thüringen (+2,1 %) und Sachsen-Anhalt (+2,0 %). Der Anstieg in Baden-Württemberg ist dabei durch vorgezogene Anschlussfinanzierungen begründet. Den stärksten prozentualen Schuldenrückgang verzeichnete Niedersachsen mit -2,3 %, gefolgt von Hamburg (-1,3 %) sowie Rheinland-Pfalz (-0,5 %). In Niedersachsen wurde der Großteil der Kreditaufnahmen des Jahres 2026 im 1. Quartal getätigt, der Rückgang der Verschuldung im 2. Quartal entspricht den geplanten Tilgungen.

Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände wachsen um 1,5 %

Auch bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden nahm die Verschuldung zum Ende des 2. Quartals 2026 gegenüber dem Vorquartal zu. Sie stieg um 2,9 Milliarden Euro (+1,5 %) auf 200,2 Milliarden Euro.

Den höchsten prozentualen Schuldenanstieg wiesen die Gemeinden und Gemeindeverbände in Niedersachsen (+7,1 %) auf, gefolgt von den Kommunen in Brandenburg (+4,0 %) und Sachsen (+3,4 %). Einen Schuldenrückgang wiesen die Gemeinden/Gemeindeverbände im Saarland und Bayern (jeweils -0,6 %) sowie Nordrhein-Westfalen (-0,2 %) auf.

Die Verschuldung der Sozialversicherung sank im 2. Quartal 2026 gegenüber dem Vorquartal um 0,2 Millionen Euro (-1,7 %) auf 9,1 Millionen Euro.

Methodische Hinweise:

Die Verschuldung der Länder beinhaltet auch die empfangenen Barsicherheiten aus Derivatgeschäften der Länderkernhaushalte (zum Beispiel Nordrhein-Westfalen in Höhe von 679,3 Millionen Euro, Hessen in Höhe von 389,1 Millionen Euro).

Die Schulden der Kernhaushalte der Sozialversicherung wurden auf Basis des Ergebnisses der jährlichen Schuldenstatistik 2025 mit Null fortgeschrieben.

Detaillierte methodische Hinweise einschließlich der Erläuterungen zu Abweichungen der haushaltsrechtlichen Darstellung von der amtlichen Statistik bieten die "Informationen zur Statistik" im Statistischen Bericht "Vierteljährliche Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts" unter "Vorläufiger Schuldenstand" sowie der Qualitätsbericht zur Statistik.

Weitere Informationen:

Detaillierte Ergebnisse bieten der Statistische Bericht "Vierteljährliche Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts" sowie die Tabellen 71311 in der Datenbank GENESIS-Online.

Monatsergebnisse zur Verschuldung des Bundes und seiner Sondervermögen sind im "Dashboard Konjunktur" (www.dashboard-konjunktur.de) im Themenbereich "Finanzen" verfügbar. In diesem Datenportal bündelt das Statistische Bundesamt hochfrequente Indikatoren der amtlichen Statistik und weiterer Datenanbieter zu den Themen Wirtschaft und Finanzen sowie Arbeitsmarkt, Bauen und Energie.

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/09/PD26_341_713.html